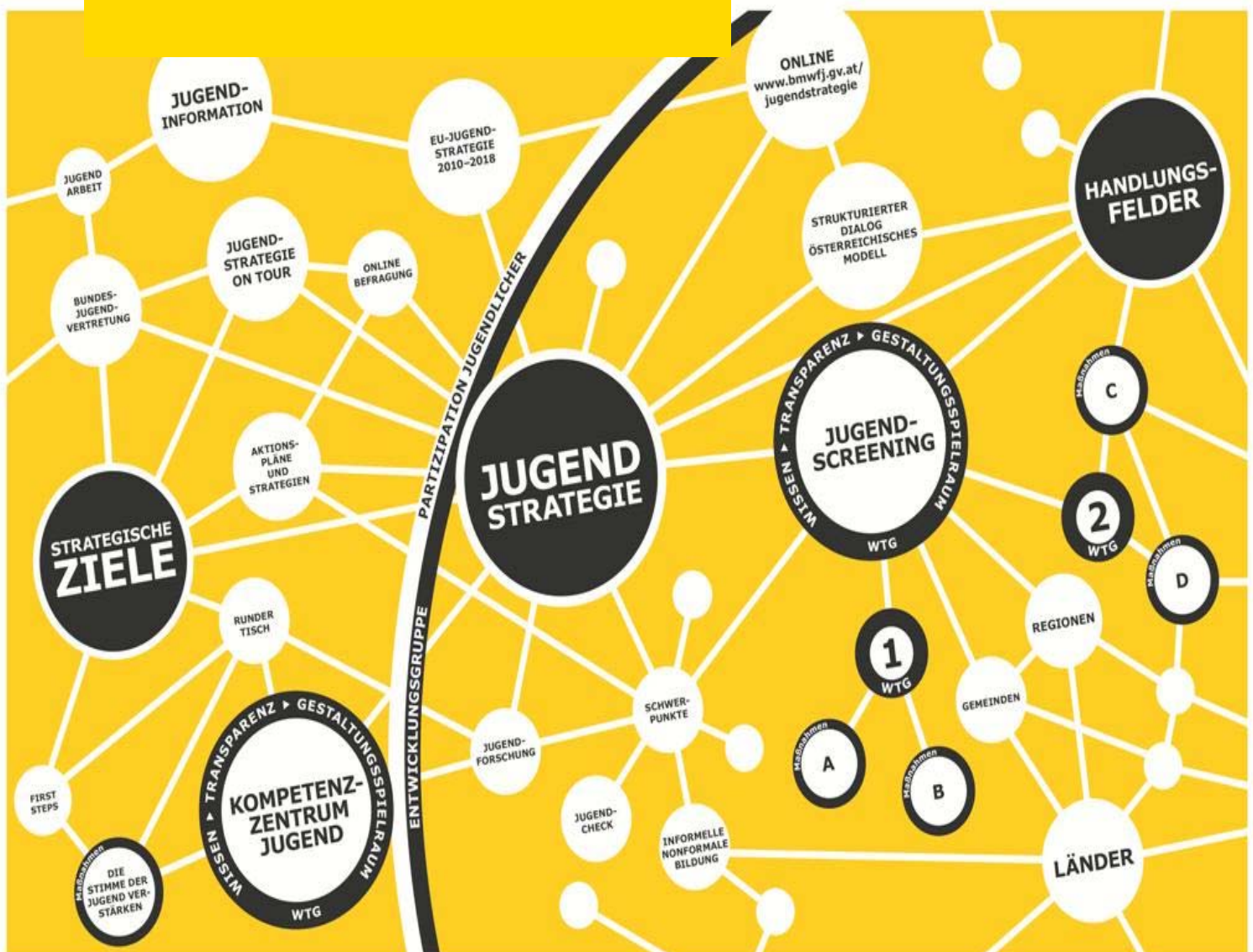


164 Ideen und Vorschläge Jugendlicher

Jugendstrategie on Tour
2012 und 2013



IMPRESSUM

Herausgeber:
Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend,
Kompetenzzentrum Jugend (Referat II/5a)
Franz-Josefs-Kai 51, 1010 Wien
post@ii5a.bmwfj.gv.at

*Die Zusammenfassung und Strukturierung aus den Ergebnissen der Jugendstrategie on Tour 2012 und 2013 erfolgte durch
Mag. Peter Kühnberger, Dialogplus e.U., office@dialogplus.at*

Weitere Informationen zur Jugendstrategie sowie diese Publikation als PDF finden sich unter www.bmwfj.gv.at/jugendstrategie

Anfragen und Anregungen richten Sie bitte an jugendstrategie@bmwfj.gv.at

Inhalt

Einleitung	2
1 Allgemeine und berufliche Bildung	4
1.1 Informations- und Öffentlichkeitsarbeit	4
1.2 Ausbildung von Pädagog/innen und Jugendarbeiter/innen	4
1.3 Schulsystem	4
1.4 Bildungs- und Berufsorientierung.....	5
1.5 Lehre und Praktika	7
1.6 Unterstützung finanziell und bei Konflikten	7
2 Beschäftigung und Unternehmergeist	9
2.1 AMS und Berufsberatung	9
2.2 Unterstützung und Förderung	9
2.3 Übergang Ausbildung - Arbeitsmarkt	10
2.4 Qualität der Ausbildung und am Arbeitsplatz	10
3 Gesundheit und Wohlbefinden	12
3.1 Informations- und Öffentlichkeitsarbeit	12
3.2 Beratung und Unterstützung	13
3.3 Freizeit- und Sportangebote	14
3.4 Unterstützung an Schulen	14
3.5 Psychische Gesundheit	15
4 Teilhabe und Partizipation.....	17
4.1 Politik und Verwaltung	17
4.2 Jugendliche beteiligen.....	18
4.3 Information und Förderung der Beteiligungskultur	18
5 Soziale Eingliederung	20
5.1 Öffentlichkeitsarbeit.....	20
5.2 Information und Beratung.....	20
5.3 Jugendarbeit und Jugendpolitik	21
5.4 Unterstützung und Förderung	21
5.5 Integration und Diversität	21

Einleitung

Die "Österreichischen Jugendstrategie" des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend ist ein laufender Prozess zur Stärkung und Weiterentwicklung der Jugendpolitik in ganz Österreich. Ihr Ziel ist es, Maßnahmen für junge Menschen zu bündeln, zu systematisieren und somit ihre Wirksamkeit zu optimieren. Die Jugendstrategie soll zudem neue Handlungs- und Kooperationsfelder aufspüren, weiteren Handlungsbedarf benennen und diesen mit konkreten Maßnahmen unterlegen.

Ein wesentliches Kennzeichen ist die aktive Einbeziehung von Jugendlichen auf allen Ebenen.

Jugendstrategie on Tour

In die Erarbeitung der Jugendstrategie wurden daher seit Beginn ihrer Entwicklung auch junge Menschen mit eingebunden. So wurden im Rahmen der "Jugendstrategie on Tour" in den Jahren 2012 und 2013 über 400 junge Menschen (zwischen 14 und 24 Jahren) in 22 Workshops mit qualitativen Methoden der Sozialforschung über ihre Vorschläge und Ideen zu den Handlungsfeldern der Jugendstrategie befragt.

Die Gesamtergebnisse wurden in den Dokumenten

- Jugendstrategie on Tour 2012 - Auswertung der Jugendbeteiligung in 12 Workshops
- Bericht Workshops "NEET" - Jugendliche nicht in Ausbildung, Training oder Beschäftigung - Im Rahmen der Jugendstrategie on Tour 2013
- Bericht Jugendstrategie on Tour 2013 "Jugend unter Druck"

veröffentlicht.

Handlungsfelder

Für diese Übersicht wurden die dabei erarbeiteten 164 Ideen und Maßnahmen-vorschläge der Jugendlichen den Handlungsfeldern

- Allgemeine und berufliche Bildung
- Beschäftigung und Unternehmergeist
- Gesundheit und Wohlbefinden
- Teilhabe und Partizipation
- Soziale Eingliederung

der Jugendstrategie zugewiesen und innerhalb dieser in Themencluster zusammengefasst.

Die Handlungsfelder

- Freiwilligentätigkeit
- Jugend in der Welt
- Kreativität und Kultur

werden in weiteren Phasen der Jugendstrategie on Tour behandelt.

Redaktioneller Hinweis

Um eine einfache und einheitliche Lesbarkeit des Dokuments zu ermöglichen, wurden schwer verständliche Formulierungen aus den Originaldokumenten vereinfacht, Begriffe geschlechtsneutral bzw. geschlechtergerecht formuliert sowie ähnliche Wünsche, Ideen und Forderungen zu einem Punkt zusammengefasst. Mit dieser Arbeit war Mag. Peter Kühnberger, Dialogplus e.U., betraut.

Die vorliegenden 164 Ideen und Vorschläge sind ohne weitere Wertung oder Reihung aufgelistet. Sie geben die Meinung und das Wissen einzelner Jugendlicher oder Fokusgruppen wieder und unterscheiden sich dadurch in Qualität und Tiefe, können aber zumindest Anregungen für Maßnahmen oder vertiefende Fragen in weiteren Beteiligungsprozessen bieten.

Andererseits waren einige der genannten Ideen so konkret, dass sie direkt in die Entwicklung weiterer Maßnahmen im Rahmen der Jugendstrategie eingeflossen sind.

1 Allgemeine und berufliche Bildung

1.1 Informations- und Öffentlichkeitsarbeit

- 1.1.1 Förderung von jugendgerechten Informationsprojekten unter Einbeziehung neuer Medien zur Berufsorientierung und Bildung. Beispiel: www.watchado.net.
- 1.1.2 Schule/Uni/Beruf: Unterstützung durch bessere Informationen: Universität: bessere Informationen und Aufklärung, wie die Bürokratie an der Uni funktioniert und abläuft. Schule: bessere Infos über Bildungsmöglichkeiten in höheren Schulen, Studienmöglichkeiten. Welches Studium für welchen Beruf? (z.B.: Karrieremessen) Unterstützung durch Lehrende bei der Organisation von Praktika, mehr Hilfe bei der Matura. Informationen über das Auslandsjahr in der Schule.

1.2 Ausbildung von Pädagog/innen und Jugendarbeiter/innen

- 1.2.1 Besser ausgebildete Lehrer/innen: Bessere pädagogische Ausbildung für alle Lehrer/innen. Der Staat soll dafür sorgen, dass an den Schulen gut ausgebildete Lehrer arbeiten.
- 1.2.2 Lehrer/innenbewertung: Verstärkte, regelmäßige, österreichweite, anonyme Kontrolle von Lehrer/innen. Zeugnis für Lehrer/innen/ „Lehrer/innenführerschein“- Lehrer/innen werden von den Schüler/innen benotet und für gute Leistungen (der Schüler/innen) belohnt. Zusätzlich wird eine regelmäßige Qualitätsprüfung durch Schulinspektor/innen durchgeführt. All das mit Konsequenzen bei schlechter Bewertung für die Lehrer/innen.

1.3 Schulsystem

- 1.3.1 Zusammenarbeit zwischen Musikvereinen und Schulen fördern - (teilweise) Verlagerung der musikalischen Weiterbildung vom Blasmusik-Proberaum in die jeweils vor Ort befindliche Ganztagschule.

- 1.3.2 Schule: Bessere Aufteilung der Prüfungstermine: Bedürfnisse der Schüler/innen berücksichtigen und Prüfungstermine besser aufeinander abstimmen – vor allem auch zwischen den Fächern.
- 1.3.3 Schulreform: Abschaffung von Schularbeiten und Tests.
- 1.3.4 Wahlfächer und modulares Lehrfachsystem anstelle der Jahrgangsklassen – ermöglicht bessere Vertiefung/Förderung von individuellen Interessen der Jugendlichen.
- 1.3.5 Anmeldung an mehreren Schulen möglich (bei weiterführenden Schulen).
- 1.3.6 Spätere Schul- und Ausbildungsentscheidung (erst mit 16) – Spezialisierung in den letzten 2 Jahren.
- 1.3.7 Schnellere Anpassung der Lehrpläne an die aktuellen Erkenntnisse, damit kein überholtes Wissen transportiert wird.
- 1.3.8 Schulische Förderung der Sozialkompetenzen - eigenes Unterrichtsfach „Sozialkompetenz“.
- 1.3.9 Anderes Benotungssystem, das nicht nur intellektuellen Fähigkeiten berücksichtigt - stärkere Ausrichtung auf praktische Fertigkeiten in Relation zu intellektuellen Fähigkeiten bei der Beurteilung der Leistungen.
- 1.3.10 Kein Sitzen-Bleiben - Negativ beurteilte Schüler/innen sollen durch Förderungen der Lehrer/innen während der Ferien trainiert werden und nach einem Test sollen die Jugendlichen selbst entscheiden, ob sie die Klasse wiederholen oder aufsteigen wollen.
- 1.3.11 Kleinere Klassen.
- 1.3.12 Lehrer/innen sollen genügend Zeit haben, um sich um das Miteinander in der Schule kümmern zu können.

1.4 Bildungs- und Berufsorientierung

- 1.4.1 „Kümmerer-System“ aus Vorarlberg
http://www.pakte.at/attach/Konzept_BO-Jugendbeschaeftigung_Vbg_dez06.pdf übernehmen.
- 1.4.2 Informationen sollten von annähernd gleichaltrigen Jugendlichen oder jungen Erwachsenen angeboten werden, die in dem jeweiligen Berufs- resp. Ausbildungsbereich Erfahrungen gemacht haben.
- 1.4.3 Info- und Schnuppertage in Betrieben Schulen und Universitäten

- 1.4.4 Informationen mit Angebot zu Praxis kombinieren. Enge Verwobenheit von Informationen und anschließenden Praktika / Schnuppertagen (z.B.: kombinierten Workshops) .
- 1.4.5 Berufs-/Bildungsinformations-Messen (Besuch im Rahmen des Unterrichts).
- 1.4.6 Berufsinformationen in mehreren Phasen: Bildungswoche mit Informationen und Beratung. Praxisbezug und individuelle Informationen stehen dabei im Mittelpunkt. Etwa ein Monat später sollte es dann einige berufspraktische Tage geben, in denen Jugendliche Einblick in die Berufe bekommen können.
- 1.4.7 Schnuppern sowie Schul-, Universitäts- oder Betriebsbesuche und -besichtigungen sollten nicht an speziellen Tagen, sondern im „Normalbetrieb“ einen echten und authentischen Einblick ermöglichen.
- 1.4.8 Regelmäßige Berufs- und Ausbildungsberatung.
- 1.4.9 Berufsinformation als Unterrichtsgegenstand schon vor dem 8. Schuljahr - sollte Theorie und Praxis mit einander verbinden (z.B. Exkursionen in Betriebe, in andere Schulen oder an Fachhochschulen und Universitäten,...).
- 1.4.10 Wöchentliche Berufs- und Ausbildungsberatung in der 8. Schulstufe
- 1.4.11 Eignungs- und Interessenstest sollten Jugendliche die Möglichkeit geben, die für sie passende Richtung der weiteren Ausbildung zu wählen (sollten öfters angeboten werden).
- 1.4.12 Ziel muss die individuelle langfristige Beratung sein, ein Einstufungstest alleine genügt nicht.
- 1.4.13 verpflichtende Workshops zur Berufs- und Bildungsentscheidung an Schulen (speziell für Schüler/innen in der 8. sowie in der 11. bis 13. Schulstufe).
- 1.4.14 Verpflichtende Eignungsprüfungen für alle Bildungseinrichtungen/wege: Einzelgespräch vor Studienbeginn in dem die Eignung für ein Studium überprüft wird. bzw. ob das Studium gefallen würde bzw. ob es auf seine Stärken zugeschnitten sei. In diesem Gespräch auch über Alternativen aufklären. Beratungsgespräch vor jeder Bildungsentscheidung (Schulen, Unis, Unternehmen, AMS,...).
- 1.4.15 Nach Pflichtschulabschluss kostenlose Weiterbildungsangebote (außerhalb der Schule).

1.5 Lehre und Praktika

- 1.5.1 Patensystem: Paten- oder Mentor/innensystem in Schule und Beruf. Um den Leistungsdruck zu minimieren und besser damit umgehen zu können. Neue Arbeitskräfte lernen von älteren Kolleg/innen.
- 1.5.2 Ausschließlich bezahlten Praktika (sowohl für Pflichtpraktika während einer Schul- oder Universitätsausbildung als auch für freiwillige Praktika).
- 1.5.3 Verpflichtende Praktika (Um den Praxisbezug in weiterführenden Schulen zu verstärken, sollen insgesamt 8 Wochen Praktika verteilt über die gesamte Schulzeit jeweils in den Ferien absolviert werden).
- 1.5.4 Uni-Praktika (Ähnlich den Praktika in Betrieben) bereits zu Beginn des Studiums ermöglichen um in den Forschungsbetrieb eingebunden zu werden.
- 1.5.5 Praxis statt Theorie in den letzten zwei Schulwochen - Praktika in Unternehmen - die Unternehmen werden durch Förderungen motiviert, diese Praktika anzubieten.

1.6 Unterstützung finanziell und bei Konflikten

- 1.6.1 Finanzielle Unterstützung: Stipendien für Schüler/innen und Student/innen aus weniger finanzkräftigen Familien.
- 1.6.2 Rabatte für Schüler/innen und Student/innen damit auch Personen aus Familien mit weniger Einkommen ihre Ausbildung sorgenfreier absolvieren können.
- 1.6.3 Nebenjobs für Jugendliche leichter zugänglich machen (z.B.: über eine Internetplattform).
- 1.6.4 Elternbildung verbessern, um überzogenen Ehrgeiz der Erziehungsberechtigten einzudämmen.
- 1.6.5 Stärkere Einbindung der Eltern in die Bildung/Ausbildung der Kinder: Eltern sollten Informationen über Bildungsmöglichkeiten, über Berufe und Berufsanforderungen erhalten.
- 1.6.6 Kostenlose Nachhilfe.
- 1.6.7 Etablierung kostenloser individueller Betreuung seitens der Lehrer/innen.

- 1.6.8 Lehrer/innen sollen sich nicht nur um fachliche Leistungen kümmern, sondern auch um das Klassenklima.
- 1.6.9 Maßnahmen zur Verbesserung des Schul- und Klassenklimas ausarbeiten.
- 1.6.10 Förderung einer Konfliktkultur und einer Verminderung von Mobbing und Gewalt an Schulen/ in Ausbildungsbetrieben
- 1.6.11 Unfaire Lehrer/innen anonym bei einer schulunabhängigen Stelle melden können.
- 1.6.12 Förderung von Selbstbestimmung und Eigenverantwortung in Schule und Beruf.

2 Beschäftigung und Unternehmergeist

2.1 AMS und Berufsberatung

- 2.1.1 Bessere Ausbildung der AMS Berater/innen, bessere Betreuung im AMS hinsichtlich Weiterbildungs- oder Umschulungsangeboten.
- 2.1.2 Nur Maßnahmen anbieten, die die Chancen am Arbeitsmarkt tatsächlich erhöhen.
- 2.1.3 Kursangebot des AMS auf die Fähigkeiten der Jugendlichen anpassen.
- 2.1.4 Mehr Engagement und Verständnis bei (einigen) Betreuer/innen des AMS.
- 2.1.5 Verpflichtende Bereitstellung von Informationen über die Rechte von Lehrlingen und jungen Arbeitnehmer/innen.

2.2 Unterstützung und Förderung

- 2.2.1 Verbesserung der Unterstützungsmaßnahmen für Jugendliche - Förderung der individuellen Ressourcen und Möglichkeiten der Jugendlichen.
- 2.2.2 Einrichtungen für Hilfe bei Berufseinstieg, Jobsuche, Finanzplanung, Amtswegen, Wohnungssuche etc.
- 2.2.3 Im Anschluss niederschwellige Förderschiene von Initiativen und Projekten junger Menschen.
- 2.2.4 Situation am Arbeitsmarkt für junge Leute verbessern: Mehr Druck auf die Arbeitgeber, damit diese wieder verstärkt junge Leute einstellen – aber nicht nur Lehrlinge.
- 2.2.5 Kündigungsschutz und Ausweitung des Arbeitsschutzgesetzes für junge Beschäftigte.
- 2.2.6 Höhere Einstiegsgehälter / höhere Lehrlingsentschädigung, die ein autonomes Leben als junger Mensch leicht ermöglichen.
- 2.2.7 Günstige Angebote für Kurse, die immer wieder gebraucht werden. Günstige Weiterbildungsangebote – auch für Studierende.

2.3 Übergang Ausbildung - Arbeitsmarkt

- 2.3.1 Garantie auf ein persönliches Bewerbungsgespräch für alle Bewerber/innen, da nicht alle Jugendlichen durch Noten überzeugen oder bei Eingangstests bestehen können.
- 2.3.2 Praktischen und sozialen Kompetenzen und der damit verbundenen Zertifizierung von skills – mehr Gewicht gegenüber Schulnoten geben - Bewertungssystem von sozialen und/oder praktischen Fertigkeiten, das von Arbeitgebern anerkannt wird.
- 2.3.3 Möglichkeit zu Doppellehre in allen Branchen und Lehrberufen, um eigene Fähigkeiten und Chancen am Arbeitsmarkt zu erhöhen.
- 2.3.4 Verpflichtende betriebliche Unterstützung bei der Jobsuche, falls ausgelernte Jugendliche nicht übernommen werden können (z.B.: Unterstützung bei der Jobsuche, Vernetzung von Ausbildungsbetrieben und anderen Firmen, um die ausgelernten Lehrlinge untereinander zu vermitteln.)
- 2.3.5 Berufswiedereinstieg erleichtern (z.B.: für junge Mütter, mit wenig Berufserfahrung).
- 2.3.6 Weiterbildende Kurse bereits direkt nach dem Schulabschluss. Diese Kurse sollten als Spezifizierung für die Anforderungen im Beruf sehr günstig oder gar kostenlos angeboten werden.

2.4 Qualität der Ausbildung und am Arbeitsplatz

- 2.4.1 Kontrolle des Arbeitsplatzes hinsichtlich von Mobbing: Arbeitsinspektoren gehen gegen Mobbing, Rassismus und Diskriminierung vor.
- 2.4.2 Bessere Kontrolle der Lehrbetriebe – Regelmäßige Überprüfung der Qualität der Lehrlingsausbildung durch eine unabhängige Institution.
- 2.4.3 Gerechte Entlohnung – innerbetrieblich fix geregelte Einkommenspyramide. Inhaber/Geschäftsführer etc. darf nur ein bestimmtes Vielfaches dessen verdienen, was die Beschäftigten mit dem geringsten Einkommen verdienen.
- 2.4.4 Der 2011 beschlossenen Abschaffung von Gratis-Praktika im öffentlichen Dienst soll die Abschaffung auch in der Privatwirtschaft folgen.
- 2.4.5 Mehr arbeitsrechtliche Regelungen.

- 2.4.6 Strengere Kontrollen und schärfere Sanktionen für Betriebe bezüglich Arbeitsbedingungen: Unterstützung von Seiten der Arbeiter- und der Wirtschaftskammer. Monatliche unangekündigte Kontrollen der Arbeitsbedingungen in Betrieben (Einhaltung der Arbeitszeiten, Sicherheit, Gesundheitsbestimmungen) – während der Arbeitszeit.
- 2.4.7 Bessere Kontrolle und Beschwerdemöglichkeiten hinsichtlich rassistischer Benachteiligung (z.B.: Einführung einer Mindestquote für Arbeitnehmer/innen mit Migrationshintergrund)
- 2.4.8 Unterstützung / Werbung für Fahrgemeinschaften durch den Betrieb.

3 Gesundheit und Wohlbefinden

3.1 Informations- und Öffentlichkeitsarbeit

- 3.1.1 Verstärkte Aufklärung bereits vom Kindergarten an zu Gesundheit und Ernährung bis zur Arbeitsstelle.
- 3.1.2 Medien und Soziale Netzwerke nützen, um über Gesundheitsthemen zu informieren: Das Interesse für gesünderes Essen sollte über die Medien wie die Werbung, über Supermärkte und über soziale Netzwerke geweckt werden. Mehr Informationen über die Kalorien von Lebensmittel zu informieren. Infos zur Ernährung bei Workshops geben.
- 3.1.3 Werbeverbot für Fastfood und mehr Kontrolle - denn alle Konsumenten sind von schlechtem Essen betroffen.
- 3.1.4 Gemeinden sollen verstärkt über Freizeitangebote informieren.
- 3.1.5 Fitnessübungen im TV: Im TV sollte vermehrt der Gesundheitsaspekt unterrichtet werden. Kurze TV Clips mit Fitnessübungen zum Nachturnen.
- 3.1.6 Normale Models in der Werbung: Ethikkommission soll die Models in den Werbungen kontrollieren bzw. darauf achten, dass kein ungesundes Körperbild transportiert wird.
- 3.1.7 Kampagne zu Gesundheit und persönliche Infogespräche.
- 3.1.8 Breit angelegte Kampagne für die Aufklärung Jugendlicher über Gesundheit/Ernährung. Spots im Fernsehen, Radio, Infoseiten auf Social Media, Infobrief vom Arzt, Informationsgespräch. Förderung durch Krankenkassen.
- 3.1.9 Bewerbung von Beratungsstellen über Fernsehen und Zeitung.
- 3.1.10 Im Deutschunterricht gibt es ab der Unterstufe die Möglichkeit, Medien kritisch zu hinterfragen. Das sollte dazu genutzt werden, die derzeit in der Werbung vorherrschenden Körperideale zu hinterfragen und gängige Normvorstellungen aufzubrechen. Größe-40-Models sollten als normal gelten. Anzudenken ist auch, Werbung oder Medienaktionen gegen Werbung zu machen. So kann man auch Menschen ansprechen, die nicht aktiv an gesunder Ernährung interessiert sind.

3.2 Beratung und Unterstützung

- 3.2.1 Vergünstigungen für gesundes und nachhaltig produziertes Essen für Jugendliche.
- 3.2.2 Regelmäßige Verpflichtende Sportarztkontrollen: Jugendliche Leistungssportler/innen über die Risiken von Doping/leistungssteigernden Substanzen aufklären. Strafen bei Verstoß gegen das Anti-Doping-Bundesgesetz anheben.
- 3.2.3 Meditationen oder Entspannungsübungen in Schulen und Jugendzentren: Billige Yogakurse, und mehr Informationen über Entspannungstechniken sowie Hilfsprogramme bei Belastung.
- 3.2.4 Mentoring-Programme: Unterstufen- und Volksschüler/innen bekommen einen älteren Mentor, Student oder Lehrling zugeteilt, gemeinsam werden Ausflüge unternommen oder Theaterprojekte gemacht. Als neutrale Ansprechperson fördert der/die Mentor/in die Gemeinschaft und Akzeptanz.
- 3.2.5 Verpflichtender Arztbesuch einmal pro Jahr. Bewerbung durch Ärzt/innen und Krankenkassen. Finanzielle Unterstützung durch Arbeitgeber bzw. Staat.
- 3.2.6 Gesundes Fastfood anbieten.
- 3.2.7 Zeitdruck: Lerngruppe, um den Lernstress besser bewältigen zu können. Mentoring durch Familienmitglieder/Bekannte.
- 3.2.8 Richtige Erziehung: Kostenlose aber verpflichtende Kurse für die Vorbereitung auf den zukommenden Stress für werdende Eltern. Sie sollen auf die kommenden Verpflichtungen und Belastungen vorbereiten, die ein Kind mit sich bringt und zeigen wie man richtig mit dem Nachwuchs arbeitet, konsequent erzieht und fördert.
- 3.2.9 Informations- und Anlaufstelle bei Problemen verschiedener Art, wie Mobbing, Schwangerschaft, Krankheit, Drogenmissbrauch und Trauerarbeit. Anonyme und individuelle Beratung, die freiwillig in Anspruch genommen werden kann. Vorstellung der Berater/innen über das Internet.

3.3 Freizeit- und Sportangebote

- 3.3.1 Fitness: Förderung von Freizeitangeboten für Jugendliche, wie beispielsweise Mitgliedschaften in Sportvereinen. größeres Angebot für kostenfreie Fitnessangebote.
- 3.3.2 Mehr Sportplätze/Sportzentren: Mehr und besser ausgestattete Sportplätze und Sportzentren. Umgesetzt von den Gemeinden. Uneingeschränkt für alle zugänglich. Mehr Schwimmbäder.
- 3.3.3 Musikräume: Musikertreffen, die zur Entspannung und als Ausgleich dienen. Kreativität/künstlerische Art im Umgang mit Druck fördern.
- 3.3.4 Freiräume für Partnerschaft: Die Zeit mit dem/der Partner/in stellt einen guten Ausgleich zum Alltag der Jugendlichen dar. Gewünscht ist ein Raum bzw. ein Ort, an dem man sich mit dem Partner / der Partnerin entspannen kann und auch mal abschalten kann, mit Fernseher, Billardtisch, oder auch Möglichkeiten, etwas zu kochen.
- 3.3.5 Fitnessgeräte in öffentlichen Parks.
- 3.3.6 Förderung der Fitness am Arbeitsplatz.

3.4 Unterstützung an Schulen

- 3.4.1 Sportunterricht: Intensiveren und kreativen Sportunterricht bereits im Kindergarten und der Volksschule.
- 3.4.2 Sportunterricht: Verpflichtende Sport-Wahlfächer am Nachmittag mit modernen Sportarten wie bspw. Parcours, Slacklining, anbieten. Billige Sportkurse.
- 3.4.3 Ein stärkerer Fokus auf den Sportunterricht in der Schule, weil Sport als Ausgleich im Umgang mit Druck gut funktioniert. Es soll der richtige Umgang mit Druck gelernt/gelehrt werden.
- 3.4.4 Gemeinschaftsgärten: Eigenes Obst und Gemüse in der Schule aufziehen, wäre eine Methode, einen Zugang zu gesundem Essen zu finden. Gewächshäuser oder kleine Pflanzen in den Klassen wären eine Alternative.
- 3.4.5 Gesundheitsunterricht: Gesundheit als eigenes Unterrichtsfach eingerichtet werden. Bewusstsein schaffen für Gesundheitsthemen. Verschiedene Schwerpunkte, wie Fitnessübungen, Ernährungsunterricht etc.

- 3.4.6 Mehr Schulärzte: Während der Schulzeit sollen Schulärztlinnen beratend und informierend den SchülerInnen zur Seite stehen - nicht nur bei bestehenden Problemen, sondern viel stärker präventiv beratend.
- 3.4.7 Individuelle, staatlich geförderte Ernährungsberatung während der Pflichtschulzeit.
- 3.4.8 Ernährungslehre als fixes Fach ab der Volksschule unterrichtet von den LehrerInnen, ErnährungspädagogInnen oder UmweltexpertInnen. Gemeinsames Kochen für sich selbst und für andere SchülerInnen.
- 3.4.9 Gesunde und günstige Mittagsmenüs an Schulen. Gemüse und Obst am Schulbuffet anbieten.
- 3.4.10 Mehr Aufklärung über Massentierhaltung und die Herkunft der Produkte.
- 3.4.11 Ernährungsberatung sowie verpflichtende Bewegungsangebote für alle, vom Kindergarten bis ins Berufsleben bzw. zur Pension.
- 3.4.12 Mobbing und Prävention: Bereits in Kindergärten über Mobbing informieren, z.B. in Workshops. Spielerische Herangehensweise. Die LehrerInnen, vor allem Klassenvorstände sollten Projekte mit ihren SchülerInnen machen. Aber auch externe Personen, die über Mobbing informieren - Workshops für SchülerInnen UND LehrerInnen (akut oder präventiv)
- 3.4.13 Schwerpunkt „soziale Kompetenzen“ im Unterricht. Aufklärung zum Thema Mobbing, Gewalt, Homophobie, Drogen- und Alkoholmissbrauch sowie anderen relevanten Themen.

3.5 Psychische Gesundheit

- 3.5.1 Einrichtungen für psychische Probleme: Günstige, wenn nicht sogar kostenlose Plätze, an die sich Jugendliche mit ihren Problemen wenden können.
- 3.5.2 Geleitet werden sollen diese Stellen von professionellen BetreuerInnen oder PsychologInnen, die offen mit den Problemen umgehen. Um SchülerInnen auch darauf aufmerksam zu machen, werden Vorträge in den Schulen gehalten, die den Jugendlichen Mut machen hinzugehen.

- 3.5.3 Ausbau von Beratung in der (Offenen) Jugendarbeit mit entsprechender Weiterqualifizierung von Jugendarbeiter/innen und zur Verfügung Stellung von Ressourcen.
- 3.5.4 Psychologische und psychotherapeutische Hilfestellung: Förderung der Angebote durch den Staat, Gebietskrankenkassen sowie durch Schulen und Firmen. Angebote sollen für jeden zugänglich sein.
- 3.5.5 Jugendliche: Bewusstsein/Akzeptanz für psychische Erkrankungen schaffen. An wen/wohin kann man sich psychischen Erkrankungen wenden?
- 3.5.6 Infobroschüre zu Hilfestellen bei psychischer Erkrankung: Veröffentlichung einer Infobroschüre durch verschiedene Institutionen.
- 3.5.7 Aufklärung zu psychischer Gesundheit in den Medien: Aufklärungsarbeit über psychische Erkrankungen. Bewusstsein für das Thema schaffen über Kampagnen durch das Gesundheitsministerium etc.
- 3.5.8 Publikationen/Information: Über Werbung und Aufklärung an Schulen, dafür sorgen, dass Jugendliche offener mit ihren Problemen und Sorgen umgehen. Es ist wichtig, den Jugendlichen zu zeigen, dass es in Ordnung und wichtig ist, sich um Hilfe zu bemühen.

4 Teilhabe und Partizipation

4.1 Politik und Verwaltung

- 4.1.1 Direkte Demokratie: Mehr Volksabstimmungen und Volksbefragungen. Im Vorfeld dazu ausreichende Information, z.B. über Medien. Intensivere Auseinandersetzung mit dem Thema(direkte) Demokratie in der Schule. Ergebnisse sollen bindend behandelt und umgesetzt werden
- 4.1.2 Möglichkeit eigene Vorschläge als Alternative bei Volksbegehren und Volksabstimmungen einzubringen - um das Interesse an einer Teilnahme an solchen Instrumenten der direkten Demokratie zu steigern.
- 4.1.3 Allen Bürger/innen sollte es möglich gemacht werden, direkt Vorschläge oder Forderungen nach Gesetzen einzubringen (z.B.: per mail oder Brief direkt an Politiker/innen)
- 4.1.4 Eigene Jugendpartei, bei der nur Jugendliche und junge Erwachsene Mitglieder sein dürfen, und die sich mit ihrem politischen Programm auch vorrangig um die Angelegenheiten kümmert, die Jugendliche betreffen.
- 4.1.5 Mehr Umfragen zu allen politischen Themen durchführen – die Umfragen liefern ein Bild der Bedürfnislage der Bürger/innen und speziell der Jugendlichen und ermöglichen der Politik, zielgerichtet im Interesse der Bevölkerung Entscheidungen zu treffen.
- 4.1.6 Regelmäßige Sprechstunden von Politiker/innen und verantwortlichen Mitarbeiter/innen aus der Administration (vor allem auf lokaler Ebene) – Möglichkeit für Jugendliche, um Anliegen einzubringen.
- 4.1.7 Organisierte Politiker/innentreffen, bei denen Themen und Vorschläge gesammelt und auch eine direkte Umsetzung besprochen wird.
- 4.1.8 Politikerabwahl ermöglichen – es soll allen Wahlberechtigten möglich sein, die Abwahl eines Politikers / einer Politikerin zu fordern und darüber eine bindende Abstimmung zu initiieren.
- 4.1.9 Online Ideenplattformen, auf der Wahlberechtigte über eingebrachte Projektvorschläge abstimmen können. Die Anzahl der Befürwor-

ter/innen der lokalen, regionalen oder nationalen Projekte bestimmt die Höhe der Förderungen für die jeweiligen Vorschläge.

- 4.1.10 Beschwerde-Institution, die für alle Anliegen und Beschwerden der Wahlberechtigten offen steht und Vorschläge, Anregungen und Beschwerden der Bürger/innen sammelt und verpflichtend bearbeitet. Wichtig sind ein niederschwelliger Zugang und die Möglichkeit anonym zu bleiben, um Repressionen zu verhindern.

4.2 Jugendliche beteiligen

- 4.2.1 Anlaufstelle / Institution für Jugendliche, die Informationen über mögliche Beteiligungsprojekte anbietet und bei der man Anliegen einbringen kann, und die diese dann an die richtigen Stellen weiterleitet oder sich selbst um die Erledigung kümmert.
- 4.2.2 Sponsoren-matching Plattform, die eine Verbindung zwischen Projektideen und Förderern herstellt. Dadurch kann Partizipation wesentlich vereinfacht werden.
- 4.2.3 Wöchentlich offene Veranstaltungen von Bürgerinitiativen bei denen Jugendliche ihre Anliegen einbringen können.
- 4.2.4 Eigenes Jugendbudget auf kommunaler Ebene, über das alle Jugendlichen dieser Gemeinde entscheiden, als Möglichkeit, junge Menschen nicht nur einzubeziehen sondern ihnen auch gleich Verantwortung zu übertragen.
- 4.2.5 Fragebogen an Schulen, um Stimmen und Meinungen der Jugendlichen abzufragen.

4.3 Information und Förderung der Beteiligungskultur

- 4.3.1 Information über Partizipationsprojekte verbessern, um mehr Jugendliche zu erreichen und Erfolg zu erhöhen (z.B.: verstärkte Medienberichterstattung).
- 4.3.2 Gesellschaftliche/politische/soziale Missstände über verschiedene Medien aufzeigen und Verantwortliche darauf hinweisen.

- 4.3.3 Verpflichtende, leicht verständliche Informationsangebote vor Volksabstimmungen, damit man sich eine eigene Meinung bilden kann und nicht einfach nach Parteipräferenz entscheidet.
- 4.3.4 In sozialen Netzwerken, wie Facebook verstärkt über Beteiligungs- und Partizipationsangebote informieren.
- 4.3.5 Stelle, die die gesetzlichen Möglichkeiten zu Beteiligung aufzeigt und über laufende Projekte in der Jugendpartizipation informiert.
- 4.3.6 Informationen über institutionelle und nicht-institutionelle Möglichkeiten der Beteiligung für junge Menschen an Schulen verstärken
Beteiligungsprojekte an Schulen bringen (Politik und Organisationen).
- 4.3.7 Jugendkulturelle Veranstaltungen mit Politikinformation, da vielen Jugendlichen das Wissen über Politik fehlt, um sich tatsächlich aktiv einbringen zu können.
- 4.3.8 Einführungskurs Social Media: Mehr Bewusstsein für den Umgang mit Social Media, Datenschutz und Privatsphäre schaffen. Eltern über mögliche Risiken aufklären. Mindestens 2 Computer sollten in jeder Klasse zur Verfügung stehen. Social Media Unterricht.

5 Soziale Eingliederung

5.1 Öffentlichkeitsarbeit

- 5.1.1 Über Veranstaltungen/Werbung soll vermehrt auf diese Elternberatungsstellen aufmerksam gemacht werden.

5.2 Information und Beratung

- 5.2.1 Jugendgeldberatung: Beratungsstelle bei der die Jugendlichen den richtigen Umgang mit Geld lernen, sich in Geldfragen beraten lassen können. In Finanzämtern spezielle Beratung für Jugendliche anbieten.
- 5.2.2 Informationen zu Mobbing, Gewalt, Homophobie und Drogen/Alkohol. Workshops an Schulen durch externe Personen (z.B. SozialberaterInnen, Jugendhilfe) für alle Schüler/innen und auch Lehrer/innen. Wie geht man mit bestimmten Konflikten/Problemfeldern um?
- 5.2.3 Elternberatungsstelle: Eine Stelle, die Beratung sowohl für Eltern als auch Kinder und Jugendliche anbietet und auch Mediation bei Streitigkeiten zur Verfügung stellt.
- 5.2.4 Aufklärungsarbeit/Workshops für Lehrlinge: Wie soll man mit Konflikten/Mobbing umgehen?
- 5.2.5 Wohnunterstützung: Beratung und Unterstützung für (minderjährige) Jugendliche, die sich eine eigene Bleibe suchen wollen. Vorbereitungskurse für die Wohnungssuche. Staatliche Unterstützung und Förderung der frühen Autonomie.
- 5.2.6 Verbesserung des Informationsangebotes zu Beihilfen. Diese Informationen sollen vor allem von den Lehrer/innen angeboten bzw. aktiver beworben werden.
- 5.2.7 Beratungssendungen im Fernsehen, in denen Problemstellungen mit Eltern besprochen und ausgearbeitet werden.

5.3 Jugendarbeit und Jugendpolitik

- 5.3.1 Härtere Maßnahmen bei der Durchsetzung von Jugendschutzgesetzen: Strengere Alterskontrollen beim Alkoholausschank an Minderjährige und beim Einlass in Nachtclubs.
- 5.3.2 Betriebe sollten durch die Arbeiterkammer kontrolliert werden – in Hinblick auf die seelische Belastung der Mitarbeiter/innen als Folge von Mobbing.
- 5.3.3 Unterstützung der Jugendlichen bei Konflikten, Mobbing und anderen Problemen am Arbeitsplatz
- 5.3.4 Bessere Angebote, für das Nachholen bzw. Verbessern von Bildungsabschlüssen, um die Chancen am Arbeitsmarkt für die Jugendlichen zu erhöhen.

5.4 Unterstützung und Förderung

- 5.4.1 Für Schüler/innen sollte es gratis bzw. vergünstigte öffentliche Verkehrsmittel geben, die vom Staat subventioniert werden.
- 5.4.2 Errichtung von Jugendzentren, die den Ansprüchen der Jugendlichen gerecht werden. Förderung durch Gemeinde bzw. von Hilfswerken.
- 5.4.3 Stärkere Unterstützung von der Familie bei finanziellen Problemen. Sinn mancher Förderungen überdenken und lieber andere Sachen fördern. Förderung des Führerscheins für junge Menschen, die sich noch in Ausbildung befinden oder arbeitslos sind.
- 5.4.4 Etablierung von Familienbegleitpersonen, die Familien mit Problemen betreuen. Begleiter/innen mittleren Alters (ca. 30 bis 50 Jahre) mit angemessener psychologischer oder sozialpädagogischer Ausbildung.
- 5.4.5 Hilfe bei Problemen mit Freund/innen in Jugendzentren. Besprechen der Probleme mit den Betreuer/innen. Vorträge in der Schule, über den richtigen Umgang mit Konflikten werden gefordert.
- 5.4.6 Mehr Unterstützung für die Familie im Umgang mit Problemen.

5.5 Integration und Diversität

- 5.5.1 Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz als Ursachen von Mobbing herausfinden. Rassismus und Vorurteilen begegnen. Kontrolle und eine

niederschwellige Anzeigemöglichkeit, um den Verbleib in Ausbildung und Beruf zu ermöglichen.

- 5.5.2 Die Unklarheit zwischen den einzelnen Kulturen und Religionen sind enorm und sollen durch verbesserten Religionsunterricht aufgeklärt werden.
- 5.5.3 Workshops an Schulen, die den Jugendlichen vermitteln, dass Individualität und „anders sein“ nichts Schlechtes ist. Bewusstsein schaffen für Toleranz und Akzeptanz gegenüber anderen. So wird Mobbing vorgebaut